

# Schlüsselbund



## DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt  
Stadtverband Velbert

Ausgabe 10/2016

## CETA & TTIP – Nein danke!

### Die Folgen des umstrittenen Handelsabkommens

Die EU-Außenminister sprachen sich Ende September in Bratislava für das Außenhandelsabkommen zwischen der EU und Kanada aus. Es gibt eine große

delsabkommen hohlen sie vehement Demokratie und EU-Umweltstandards aus. Zudem sind sie ein Angriff auf soziale Standards und Arbeitsrechte, der zur Folge hat, dass die Mehrheit der Menschen durch die Ratifizierung des

Arbeitsplätze in der EU verloren gehen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen kann dadurch bis zum Jahr 2023, abhängig vom Land, zwischen 316 Euro und 1.331 Euro sinken. Selbst geringe Lohnneinbußen gehen mit sinkenden Steuereinnahmen einher, die wiederum weitere Privatisierung und Sozialabbau nach sich ziehen könnten.



Foto: Niels Holger Schmidt

Bereitschaft auf dieser Ebene das Abkommen zu unterzeichnen. CETA und auch TTIP vertreten jedoch nur die Interessen von Konzernen und stellen deren Interessen eindeutig über die der Bürger. Beide Abkommen beinhalten

Sonderrechte für Investoren (Klagerechte wenn Profite nicht stimmen) und sind mit enormen Risiken für die Existenz öffentlicher Unternehmen verbunden. Unter dem Deckmantel reiner Han-



Velberter Ratsfraktion der Linken auf der Anti-CETA-Demo in Köln

Foto: Niels Holger Schmidt

Vertrags ökonomisch verlieren würden. Entlassungen und Lohndumping gehören zu den großen Gefahren. Eine Studie der TUFTS- University in Boston belegt, dass allein durch CETA 230.000

### CETA ist TTIP durch die Hintertür

Der eigentliche Skandal, den CETA hervorruft bleibt zudem weitgehend unbeachtet. So sind es vor allem US-Konzerne die über ihre kanadischen Zweitniederlassungen durch CETA all



das durchsetzen, was ihnen durch das mögliche Scheitern von TTIP zu entgleiten droht. Obwohl dies alles bekannt ist, setzt sich Minister Gabriel und mittlerweile auch die SPD für die Ratifizierung des Abkommens ein.

### Deutschlandweiter Protest hinterlässt Spuren

320.000 Demonstranten und über 5 Millionen gesammelte Unterschriften gegen TTIP und CETA sagen „NEIN“ zu beiden Abkommen. Die SPD wäre gut beraten, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Text: Sonja Spiekermann

# Hohe Kinderarmut auch in Velbert!

## DIE LINKE will finanziell schwache Familien entlasten

Nach der neuesten aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung leben in NRW besonders viele Kinder in Familien, die nur das Existenzminimum zum Leben haben. Oft sind es Kinder von Alleinerziehenden, Arbeitslosen, Aufstockern im SGB II – und auch Flüchtlingskinder gehören dazu. Das ALG II ist für Kinder und Jugendliche um einiges niedriger als für Erwachsene, obwohl diese oft höhere Bedarfe haben.

Prekäre Arbeitsverhältnisse, also das Leben mit Mindestlohn oder weniger, der Eltern, sind ein anderer Grund für die zahlreichen Kinder, die am Minimum leben. Kinderarmut ist immer die Folge von Elternarmut.

## Was bedeutet Armut für Kinder?

Hartz IV und BUT-Mittel decken lange nicht alle Kosten um die alltägliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern. Diese aber beugt einer Ausgrenzung vor, welche Kinder härter trifft als Erwachsene. Es reicht nicht mit BUT-Mitteln den Sportverein zu finanzieren, wenn die Möglichkeit des Transports dorthin, in Form eines bezahlbaren oder kostenfreien Sozialtickets, fehlt.

### Fallbeispiel:

Ein Schüler wohnt in der Nähe der Schule, braucht im alltäglichen Leben keine öffentlichen Verkehrsmittel und bekommt daher kein Schokoticket.

Da er im Fußballverein spielen möchte und er in einem anderen Stadtteil trainieren müsste, ist er auf Fahrten mit dem Bus angewiesen. Den Mitgliedsbeitrag im Verein von 10 Euro erhält er aus BUT-Mitteln aber das Schokoticket,

das in Höhe von 30 Euro für Menschen im ALG II-Bezug nicht bezahlbar ist, verhindert das Training in dem Verein. Schlimm auch, wenn seine Teamkollegen nach dem Sport gemeinsam ein Eis essen gehen und er als einziger nicht mitgeht, da das Geld fehlt.

Text: Ingrid Schween . Foto: Sylvia Schochow



## Antrag der Fraktion zur Kinderarmut im Rat

DIE LINKE hält es für einen Skandal, dass rund 2.330 Kinder in Velbert unter solchen Bedingungen aufwachsen. Obwohl auf kommunaler Ebene keine Bundes- bzw. Landesgesetze geändert werden können, möchte die Ratsfraktion durch nebenstehenden Antrag zumindest das lokal bestmögliche herausholen: Kinder brauchen optimale Förderung; dazu gehört zudem auch der kostenlose Zugang zu Lern- und Freizeitangeboten und täglich kostenloses Schulesse – genauso wie das Ermöglichen von gesellschaftlicher Teilhabe! Daher will die Ratsfraktion der Linken mit ihrem Antrag auch Sozialtarifen in öffentlichen Einrichtungen zur Sprache bringen.



### BUT-Mittel

Bildungs- und Teilhabe-Paket der Bundesregierung, das dazu beiträgt, Kinder in der Schule, im sozialen und kulturellen Leben zu unterstützen. Dazu gehören unter anderem Schulausflüge, Schulbedarf und ergänzende Lernförderung.

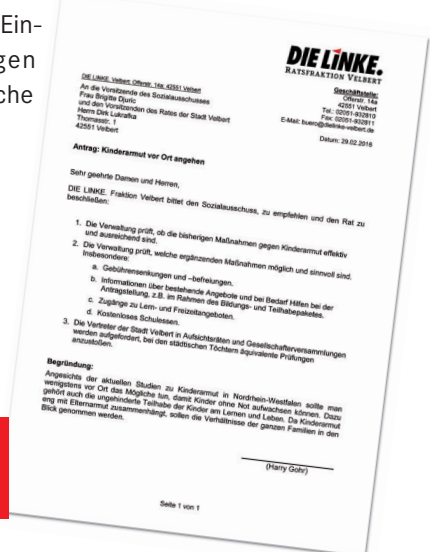
## Bürgerbüros werden geschlossen!

### Service für den Bürger nur noch in der Stadtmitte möglich

Im Zuge der neuesten Sparmaßnahmen im Haushalt der Stadt sollen die

Service-Büros in Neviges und Langenberg jetzt ganz geschlossen werden. Nun wird, nach der Kürzung des Leistungskatalogs und der Reduzierung der Öffnungszeiten auf einen Tag pro Woche, der Schlussstrich gezogen.

DIE LINKE ist gegen die Zentralisierung des Bürgerservices. Gerade für ältere, arme oder behinderte Menschen ist es nicht zumutbar, weite Wege, in das einzig verbliebene Bürgerbüro in Velbert-Mitte, zurückzulegen und die erforderlichen Fahrtkosten aufzubringen.



# Regionalplanung: DIE LINKE sagt **NEIN!**

## Pläne der Kommune in der Kritik

In vielen Ratsausschüssen stand der Regionalplan in den letzten Wochen im Fokus der Diskussion. Der Plan wird alle 15 Jahre neu erstellt. Er legt Flächen für Landwirtschaft, Wohnen, Industriegebiete und Verkehr fest und dient der

raum auf umliegende Städte auslagern möchte. Generell bemängelt DIE LINKE, dass alle Flächen, die im Regionalplan für eine Wohnbebauung ausgewiesen werden ausschließlich für den Bau von Ein- oder Zweifamilienhäusern und Ei-



## Abriss der Stadthalle Neviges

### Bürgermeister verkündet Beschluss des Abbruchs im Rat

Die Partei DIE LINKE hatte sich lange mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für den Erhalt der Stadthalle Neviges eingesetzt. Die Halle gilt als denkmalwürdig, da sie in Velbert das letzte erhaltene Gebäude im Bauhausstil ist. Viele Jahre war sie der Treffpunkt und ein angesehenes Veranstaltungshaus für zahlreiche Vereine und Organisationen. Sie hat, wie wir mittlerweile belegt haben, auch heute durchaus noch ihre Existenzberechtigung. Daher bedauern wir, dass ein solches Kulturgut nun den Sparmaßnahmen zum Opfer fällt. Denkmalschutz ist eine ernst zu nehmende Sache und sollte auch in Velbert Berücksichtigung finden.

Wir danken allen, die sich mit uns für den Erhalt der Stadthalle eingesetzt haben.

### Wussten Sie schon, dass ...

... in Deutschland rund 10 Milliarden Euro ALG II an hunderttausende von Menschen gezahlt werden, weil diese trotz Arbeit kein existenzsicherndes Einkommen haben.

(Quelle: Arbeitsagentur 2015)



Vermittlung kommunaler Interessen mit denen des Landes NRW. Die Partei DIE LINKE steht nachfolgendem Punkt kritisch gegenüber und hat deshalb ihre Zustimmung im Rat verweigert.

### Projekt Teilbebauung am „Esel“

Der Regionalplan ermöglicht unter anderem die komplette oder Teilbebauung des „Esel“ (Gebiet zwischen Siepen und Pastoratsberg im Stadtteil Neviges). Dieses Vorhaben widerspricht eindeutig dem beschlossenen Klimaschutzprogramm der Stadt Velbert, das die Fläche als wichtige Kaltluftschneise, die für den Luftaustausch erforderlich ist, ausweist. Der „Esel“ ist zudem ein beliebtes Wandergebiet und wird von den Nevigesern für die Freizeitgestaltung genutzt. Nutznießer dieser Bebauung wäre ausschließlich die Stadt Düsseldorf, die ihren fehlenden Wohn-

gentumswohnungen dargestellt werden. Der Bedarf nach bezahlbarem, sozialem Wohnraum findet in der Planung keinerlei Berücksichtigung. Ein solches Vorgehen widerspricht den Interessen und Möglichkeiten der Mehrheit der Bevölkerung. Sie widerspricht zudem auch der Landesvorgabe, platzsparend zu bauen. Die Versiegelung von Flächen ist unumkehrbar und sollte nur bei unbedingter Notwendigkeit erfolgen.

Die Planung von Gewerbe- und Wohngebietsflächen sind wichtig für unsere Stadtentwicklung. Ebenso wichtig sind aber auch die Beibehaltung landwirtschaftlicher Flächen für die Ernährung der Menschen sowie die Erhaltung von vorhandenen Grüngürteln als Erholungsflächen und zur Luftverbesserung. Dies sollte bei Zukunftsfragen ein ebenso wichtiger Gesichtspunkt sein.

Text: Sonja Spiekermann Foto: Sylvia Schochow

## Chef des HELIOS-Klinikums bleibt Antwort schuldig

Liebe Leserin, lieber Leser, wie Sie der Septemerausgabe des „Schlüsselbund“ entnehmen konnten, wandte sich die Ratsfraktion der Partei

DIE LINKE in Velbert mit berechtigten Fragen an den neuen Geschäftsführer des HELIOS-Klinikums. Telefonisch erhielten wir die Mitteilung, dass seitens der Geschäftsführung keine Bereitschaft bestehe, unseren Brief zu beantworten. Diesen Umgang mit Fragen des öffentlichen Interesses bedauern wir sehr.

Unseres Erachtens ist das HELIOS-Klinikum mittlerweile zwar ein privates Unternehmen, welches aber schwerpunktmäßig mit öffentlichen Geldern und unseren Krankenkassenbeiträgen finanziert wird. Eine Informationspflicht der Bürger über Entwicklung und Veränderungen sehen wir deshalb auch trotz privater Trägerschaft als gegeben und erforderlich an.

Was machen die anderen Parteien?

# Gutachten zur Flüchtlingspolitik

## Bundesweite Zusammenarbeit aller Landesregierungen bei Abschiebungen gefordert

In einem Artikel des „Stadtanzeiger“ fordert Herr Beyer, Bundestagsabgeordneter der CDU, die Landesregierung NRW auf, sich an dem Gutachten „Wie kann der Abschiebestau aufgelöst werden?“ zu beteiligen. Da die Landesregierung in NRW sich als einzige nicht an dem bundesweiten Projekt beteiligt, beanstandet der Bundespolitiker dessen „Alleingänge bei diesem wichtigen Thema“.

### Fakt ist:

Mehr als 65 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Hunger, Klimaveränderung, Elend, Armut und Perspektivlosigkeit. Daher unser Appell: Sie, Herr Beyer, sind Abgeordneter einer christlichen Partei. Sie wissen, dass Abschiebung keine Probleme löst, da auch angeblich sichere Herkunftsländer keine annehmbaren Lebensbedingungen ermöglichen. Sie wissen, dass Abschiebung nur eins bedeutet: Die Rückführung von Menschen

in das Elend, dem sie entkommen wollten. Ein Elend, für das auch Deutschland verantwortlich ist.

Wer Flüchtlingsströme und Abschiebungen verhindern will, sollte zunächst erst einmal Fluchtursachen bekämpfen, für die auch unser Land verantwortlich ist.

- Die Bundesrepublik beteiligt sich zurzeit an mehr als 12 Kriegseinsätzen; Kriege, die Hunger, Not und Elend mit sich bringen
- Deutschland ist einer der größten Rüstungsexporteure, liefert Waffen in Kriegengebiete und an Unrechtssysteme
- Deutsche Handelsabkommen, z. B. mit Afrika, sichern ausschließlich die eigenen Profite durch den Export von Produkten und verhindern damit den Aufbau einer eigenen Industrie und Landwirtschaft

**DIE LINKE.**  
sagt



### Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Ingrid Schween und Harry Gohr

Adresse:

Offerstr. 14a, 42551 Velbert

Telefon: 0 20 51 93 28 10

E-Mail: mail@dielinke-velbert.de

Web: www.dielinke-velbert.de

Öffnungszeiten des Büros:

Montags von 17.00 bis 18.00 Uhr;

Donnerstags von 15.30 bis 17.00 Uhr

Donnerstags ist zudem eine fachkundige Hartz IV- und Sozialberatung vor Ort!

Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

- Agrarkonzerne haben mittlerweile Landkäufe in Afrika vorgenommen, die die Größe der Bundesrepublik ausmachen; Menschen verlieren ihren Wohnraum und müssen diese Gebiete verlassen
- Konzerne wie Monsanto (mittlerweile Teil des Bayer-Konsortiums) zwingen afrikanische Bauern in die komplette Abhängigkeit ihrer Produkte

Solange auch deutsche Konzerne am Elend der Menschen verdienen, werden sich Zustände und Fluchtursachen nicht ändern. Nicht Abschieben, sondern helfen muss die Devise sein!

**Wer Krieg und Elend sät wird Flüchtlinge ernten.**

## Uns gefällt ...



... die beschlossene Verlegung der Gedenktafel ermordeter jüdischer Mitbürger und Widerstandskämpfer, die auf Grund von Bauarbeiten nun einen erhöhten, besseren Platz erhält.

... der neue, moderne Brunnenplatz im Zentrum von Neviges, der auf Grund des flach konstruierten Brunnens in der Mitte, auch für Veranstaltungen genutzt werden kann.



Fotos: S. Schochow